FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Forum Berlin

Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit

Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengerufenes Expertengremium hat sich seit März 2015 mit der muslimischen Lebenswelt in Deutschland, Islamfeindlichkeit sowie Radikalisierungsprozessen und islamistischem Extremismus befasst. Einige Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung einerseits sowie an muslimische Organisationen und gesellschaftspolitische Akteure andererseits sind:

1. Rechtliche Anerkennung muslimischer Gemeinschaften

Die rechtliche Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu anderen Religionsgemeinschaften muss weiter angestrebt werden. Dies bedeutet Aufgaben sowohl für muslimische Organisationen als auch für Gesetzgeber und Verwaltung.

2. Schaffung von Fördermöglichkeiten

Muslimische Organisationen arbeiten überwiegend ehrenamtlich – nicht zuletzt in der Radikalisierungsprävention. Es sollten Fördermöglichkeiten geschaffen werden, um ihre gesellschaftliche und soziale Arbeit zu professionalisieren und auszubauen.

3. Islamische Strukturen weiter entwickeln

Die islamische Organisationslandschaft hat sich positiv entwickelt, ist aber nach wie vor heterogen. Auch wenn eine „Verkirchlichung" nicht das Ziel ist, braucht es Strukturen, die Muslime repräsentieren und als legitimierte Gesprächspartner gegenüber Politik und Verwaltung auftreten können.

4. Gegensatzdenken überwinden

Es gibt nicht „den Islam" in Deutschland und kein Gegenüber von „den Muslimen" und „den Deutschen". Statt pauschaler Urteile braucht es eine Anerkennung der innerislamischen Vielfalt.

5. Sensibilisierung für Islamfeindlichkeit in Schule und Behörden

Ob eine Äußerung oder Handlung islamfeindlich ist, wird immer umstritten sein. Da jedoch viele Muslime über Erfahrungen von Islamfeindlichkeit berichten, sollten staatliche Institutionen wie Schulen oder Kommunalverwaltungen für die Sichtweise der Betroffenen sensibilisiert sein.

6. **Erfassung islamfeindlicher Straftaten**

Analog zu antisemitischen Straftaten sollten auch islamfeindliche statistisch erfasst werden.

7. **Mehr deutschsprachige muslimische Angebote**

Nach wie vor stammen viele deutschsprachige muslimische Angebote von Salafisten oder anderen radikalen Gruppierungen. Sowohl im Internet als auch in Moscheen braucht es für in Deutschland sozialisierte Jugendliche deutschsprachige Angebote eines nicht-radikalen Islam.

8. **Aufbau einer innerislamischen Gegenargumentation zum islamistischen Extremismus**

Da Extremisten und Terroristen religiös argumentieren braucht es eine innerislamische und auch theologische Gegenargumentation.

9. **Förderprogramme für Deradikalisierungsprojekte**

Es gibt erfolgreiche Ansätze der Deradikalisierungsarbeit, die ausgebaut werden könnten. Dafür braucht es jedoch mehr Fördermöglichkeiten – nicht zuletzt für verurteilte Straftäter in JVA.

10. **Jugendsozialarbeit ausbauen**

Nicht alle, aber viele islamistische Extremisten sind Jugendliche. Um präventiv zu wirken, braucht es entsprechend fachkundige Angebote der Jugendsozialarbeit.

11. **Prävention in Flüchtlingsunterkünften**

Angesichts der derzeit hohen Flüchtlingszahlen sollte die Präventionsarbeit auch in Flüchtlingsunterkünften stattfinden und generell in der Flüchtlingshilfe mitbedacht werden.

12. **Narrativ der Vielfalt entwickeln**

Deutschland ist vielfältig und der Islam ein Teil der heterogenen Normalität in einer Einwanderungsgesellschaft. Um diese gesellschaftliche Realität anzuerkennen, braucht es einen Narrativ der Vielfalt, der inklusiv und gegen Diskriminierung wirken kann.

Das Expertengremium:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat 35 Expert_innen aus Politik, Sicherheitsbehörden, muslimischen Organisationen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gewonnen. Das Ergebnis wird am 11.11.2015 in einer Tagung öffentlich präsentiert und Staatsministerin Aydan Özoğuz, MdB, übergeben. Sprecher_in des Expertenkreises sind:

Dr. Ehrhart Körting, Innensenator von Berlin a.D.
Bilkay Öney, Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg

Das Buch

steht unter www.fes-forumberlin.de zum Download zur Verfügung. Es gliedert sich in einen kürzeren ersten Teil (S. 11-59), der die Arbeitsergebnisse des Expertengremiums sowie die Handlungsempfehlungen zusammenfasst. Im längeren zweiten Teil ergänzen einzelne Mitglieder des Gremiums Artikel zu ausgewählten Aspekten des Themas.

Kontakt:

Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Tel. 030/ 269 35 7322
Mail: dietmar.molthagen@fes.de